



**Anfrage Müller Pius und Mit. über das Projekt Seetalplatz und den geplanten Umzug von Dienststellen nach Emmen**

eröffnet am 11. Mai 2021

Gemäss § 13 der Luzerner Kantonsverfassung (KV) hat die Aufgabenerfüllung bevölkerungsnah, wirksam und kostenbewusst zu erfolgen. In Absatz 2 ist festgelegt, dass der Kanton seine Aufgaben dezentral erfüllt, wenn sie sich dafür eignen und der wirtschaftliche Einsatz der Mittel es erlaubt.

Basierend auf diesen klaren Vorgaben ergeben sich nachfolgende Fragen zur Klärung:

1. Wie wird mit einem geplanten Abzug von Dienststellen aus Sursee (Lawa) und allenfalls anderen Regionen sichergestellt, dass die Vorgaben von § 13 der KV erfüllt werden?
2. Welche Dienststellen werden noch ausserhalb der Stadt und Agglomeration von Luzern weitergeführt, und um wie viele Arbeitsplätze handelt es sich dabei je Dienststelle?
3. Wie kann garantiert werden, dass auch die Arbeitsplätze der beiden Grundbuchämter Luzern West in Schüpfheim und Luzern Ost in Hochdorf in den Regionen verbleiben?
4. Rechnet der Regierungsrat allenfalls mit einer Klage wegen Nichteinhaltung von § 13 der KV im Zusammenhang mit dem Zusammenzug der Verwaltung in Emmen?

*Müller Pius*

Camenisch Räto B.

Hartmann Armin

Lüthold Angela

Frank Reto

Steiner Bernhard

Keller Daniel

Gisler Franz

Ursprung Jasmin

Meyer-Huwyler Sandra

Bucher Mario

Knecht Willi

Zanolla Lisa

Lang Barbara

Schumacher Markus

Schärli Thomas

Haller Dieter

Arnold Robi

Graber Toni

Thalmann-Bieri Vroni

Meier Thomas

Dubach Georg